

Landratsamt Bautzen, Untere Wasserbehörde

**Merkblätter zur
Wasserwirtschaft**

**Einleitung von gereinigtem Abwasser aus
einer Kleinkläranlage in ein Gewässer**
(gemäß § 8 u. 9 WHG in Verb. m. § 11
SächsWG sowie gemäß § 10 WHG in Verb. m.
§ 13 SächsWG)

**Abwasser
Stand 2010**

- ! **Der Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis ist grundsätzlich über den zuständigen Abwasserbeseitigungspflichtigen (AZV oder Gemeinde) einzureichen.**
- ! **Bei Direkteinleitung in ein Fließgewässer ist zwingend die Stellungnahme des zuständigen Gewässerunterhaltungspflichtigen einzuholen. Grundsätzlich sind bei Gewässern 2. Ordnung die jeweiligen Gemeinden zuständig. Die Unterhaltungspflicht für Gewässer 1. Ordnung nimmt im Freistaat Sachsen die Landestalsperrenverwaltung wahr. Für das Gebiet des Landkreises Bautzen sind die Betriebe Oberes Elbtal und Spree/Neiße mit den jeweiligen Flussmeistereien zuständig.**

*Landestalsperrenverwaltung Sachsen
Betrieb Spree/Neiße
Am Staudamm 1
02625 Bautzen*

*Landestalsperrenverwaltung Sachsen
Betrieb Oberes Elbtal
Bahnhofstraße 14
01796 Pirna*

Erläuterungen zum Antragsformular

▪ Entsorgungseinheiten

Bei gewerblicher Nutzung ist die Art des Gewerbes und der daraus resultierende Anfall von häuslichem oder häuslich entsprechendem Abwasser anzugeben.

▪ Abwassereinleitung - Flächenhafte Versickerung

Nach dem Erlass des SMUL über die Grundsätze für die Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen gem. § 9 SächsWG muss die Versickerung von vollbiologisch behandeltem Abwasser grundsätzlich flächenhaft nach den Maßgaben der DIN 4261-1 erfolgen. Die Nutzung von Sickerschächten (punktuelle Versickerung) ist nur im begründeten Ausnahmefall zulässig und unterliegt der Einzelfallprüfung.

▪ Kläranlage - Nutzung von Mehrkammergruben

Nach § 2 Kleinkläranlagenverordnung sind nur Mehrkammergruben nach DIN 4261- Teil 1 als Übergangslösung für die Dauer von maximal 5 Jahren zulässig. Dies gilt nur, wenn innerhalb dieser Frist ein Anschluss an die zentrale Abwasserentsorgung zu erwarten ist.

Es ist zu beachten, dass nach dem Erlass des SMUL über die Grundsätze für die Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen gem. § 9 SächsWG eine Versickerung von teilbiologisch behandelten Abwässern nicht statthaft ist. Daher können nur Einleitungen in ein oberirdisches Gewässer, unter Berücksichtigung o.g. Kriterien, positiv beschieden werden.

▪ Wasserversorgung

Zur Beurteilung der Erlaubnisfähigkeit des Wasserrechtsantrages ist die Angabe des Abstandes von eventuell bestehenden Brunnenanlagen erforderlich. Dabei gilt die DIN 2001-1 entsprechend, wonach unter Beachtung der Topographie sowie der Untergrund- und Grundwasserhältnisse nachweisbar ein ausreichender Abstand zu den Abwasseranlagen zu gewährleisten ist. Bei Versickerung und zeitgleicher Trinkwasserversorgung über Einzelbrunnen, muss der Abstand der Versickerungsanlage zum Brunnen mindestens 50m betragen. Unterschreitungen dieser Abstände unterliegen der Einzelfallprüfung.

▪ Grundwasser

Der höchstmögliche Grundwasserstand ist unbedingt anzugeben. Bei geplanter breitflächiger Versickerung muss gemäß DIN 4261-1:2002 eine Mindestüberdeckung von mindestens 0,60m von der Grabensohle zum Grundwasser gegeben sein. Das heißt, dass ein höchstmöglicher Grundwasserstand von 1,20m bis 1,30m unter Geländeoberkante nicht unterschritten werden darf.

▪ Bodenart

Bei bindigen Böden und unbekanntem Bodenverhältnissen ist ein Sicker Versuch durchzuführen. Dieser ist zu protokollieren und dem Antrag entsprechend hinzuzufügen.

Erläuterungen zu den zu ergänzenden Unterlagen

▪ Dokumentation zur Abwasserbehandlungsanlage:

Die Unterlagen zur Abwasserbehandlungsanlage enthalten mindestens folgende Angaben:

- Hersteller und Typbezeichnung
- Bemessungsgröße der Anlage
- Aktuelle Zulassungsnummer (incl. Kopie v. Deckblatt des Zulassungsbescheides)
- Bei Pflanzenkläranlagen ohne bauaufsichtliche Zulassung sind detaillierte Planungsunterlagen dem Antrag beizufügen.

▪ Flurkartenauszug

Es ist darauf zu achten, dass aus der Flurkarte der Standort der Kläranlage, angrenzende Brunnen im Umkreis von 50m und der Einleitpunkt ins Gewässer bzw. die Darstellung der flächenhaften Untergrundversickerung eindeutig hervorgehen.

Im Zweifelsfall ist ein detaillierter Lageplan (schematische Darstellung genügt) dem Antrag beizufügen.

▪ Privatrechtliche Zustimmungen

Privatrechtliche Vereinbarungen/Zustimmungen zur Benutzung fremder Grundstücke und/oder privater Kanäle sind dem Wasserrechtsantrag hinzuzufügen.

Für die wasserrechtliche Entscheidung genügt eine bloße schriftliche Zustimmung, jedoch wird aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit empfohlen, dass entsprechende vertragliche Regelungen getroffen bzw. Grunddienstbarkeiten eingetragen werden lassen.